

<b>Protokoll:</b>	<b>Ausschuss für Umwelt und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart</b>	<b>Niederschrift Nr.</b>	439
		<b>TOP:</b>	16
<b>Verhandlung</b>		<b>Drucksache:</b>	698/2019
		<b>GZ:</b>	SWU
<b>Sitzungstermin:</b>	23.07.2019		
<b>Sitzungsart:</b>	öffentlich		
<b>Vorsitz:</b>	BM Pätzold		
<b>Berichterstattung:</b>	-		
<b>Protokollführung:</b>	Frau Schmidt / pö		
<b>Betreff:</b>	<b>Ausbau der Nord-Süd-Straße - Vergabe der Voruntersuchung</b>		

Vorgang: Ausschuss für Umwelt und Technik vom 09.07.2019, öffentlich, Nr. 349  
Ergebnis: Zurückstellung

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Referats Städtebau, Wohnen und Umwelt vom 14.06.2019, GRDRs 698/2019, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Die Verwaltung wird ermächtigt, das Vergabeverfahren zur Auftragsvergabe durchzuführen.
2. Es wird zugestimmt, den Auftrag an den wirtschaftlichsten Bieter zu vergeben.

Die Beratungsunterlage ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigefügt.

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Datei- anhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll und dem Protokollexemplar für die Hauptaktei ist sie in Papier- form angehängt.

StRin Schiener (90/GRÜNE) betont, dass mit dem Erschließungskonzept für den SynergiePark Vaihingen/Möhringen Vieles auf den Weg gebracht worden sei. Mit den in der GRDRs 698/2019 dargestellten Alternativen und Varianten für die Voruntersuchung sei sie jedoch nicht einverstanden. Gemeinsam mit der SPD-Gemeinderatsfraktion sei in 2017 ein sehr differenzierter Antrag (Nr. 223/2017) gestellt worden, welche Varianten und Auswirkungen zu untersuchen seien. Diesem Antrag sei im Ausschuss für Umwelt und Technik am 25.07.2017 einmütig zugestimmt worden. In der aktuellen Vorlage spiegle sich dieser Antrag nicht wieder. Der Straßenausbau könne nicht isoliert betrachtet werden. Wenn der Standort des P&R-Parkhauses nicht bekannt sei, mache die Untersuchung in der vorgestellten Form keinen Sinn.

Den Aspekt von autonomen, "selbstfahrenden Gefäßen" bringt StR Dr. Vetter (CDU) in die Diskussion ein. Für diese Fahrzeuge müsse eine eigene Spur zur Verfügung stehen. Daher müsse die Option einer vierten Spur erhalten bleiben, solange keine adäquaten ÖPNV-Verbindungen bestünden. Mit der Einbindung der verschiedenen Studien sei er einverstanden.

Für alle Verkehrsarten in Vaihingen und Möhringen bestehe entschiedener Handlungsbedarf, so StR Körner (SPD). Um die Situation zu entschärfen, müsse schneller vorangekommen werden. Er begrüße daher die Vorlage zur Voruntersuchung der beschriebenen Alternativen. Für Einwohner und Arbeitnehmer müssten Verbesserungen erzielt werden.

Die für den Wohlstand Stuttgarts wichtigen Arbeitsplätze ruft StR Zeeb (FW) in Erinnerung. Die Arbeitsplatzqualität für die Arbeitnehmer in Vaihingen und Möhringen müsse verbessert werden. Er könne nicht nachvollziehen, warum man sich gegen eine derartige Untersuchung wehre.

Für StR Dr. Schertlen (SchUB) ist in der Entwicklung des Stadtgebietes in der falschen Reihenfolge vorgegangen worden. Es hätte zuerst die Infrastruktur für den ÖPNV entwickelt werden müssen, um dann das Gewerbegebiet aufzusiedeln. Er wünsche die Aufnahme bzw. Erhaltung von Querungsmöglichkeiten für den Radverkehr über die Nord-Süd-Straße hinweg.

Für StR Ozasek (SÖS-LINKE-PluS) führt die Debatte vor Augen, warum jegliche Klimapolitik im Bereich des Verkehrs bisher gescheitert sei. Durch die Fortentwicklung einer desintegrierten Stadt würden Zwänge entwickelt, die immense Verkehrsströme auslösten. In den belasteten Bereichen würden Zuflussdosierungssysteme benötigt, nicht der Ausbau von Straßen und Knotenpunkten. Nur einen vierspurigen Ausbau abzulehnen, sei inkonsequent. Dies gelte auch für den Ausbau von P&R-Parkhäusern. Um der Automobilflut Herr zu werden, müsse jede Ausbauvariante abgelehnt werden. Er lehne die Vorlage somit insgesamt ab.

Dieser Aussage kann sich StR Conz (FDP) nicht anschließen. Das zusätzliche Wissen aus einer verkehrstechnischen Untersuchung sei wichtig für eine Verbesserung der Verkehrssituation.

BM Pätzold betont, dass die Vorlage kein Baubeschluss sei, sondern es um die Erarbeitung einer Voruntersuchung gehe. Die Machbarkeitsstudien für Seilbahn und P&R-Parkhäuser liefen bereits und würden selbstverständlich in die Untersuchung miteinfließen.

Herr Oehler (ASW) ruft Folie 2 der Präsentation auf, um die Bandbreite des Verkehrskonzeptes SynergiePark aufzuzeigen. Der drei- oder vierstreifige Ausbau sei nur ein Aspekt unter vielen. Die Verwaltung versuche Vorschläge zu unterbreiten, wie die Verkehrsproblematik in den Griff bekommen werden könne. Die Vorlage beziehe sich auf den Antrag Nr. 223/2017 (90/GRÜNE, SPD), der die Varianten genau benenne, aber auch auf den Antrag Nr. 157/2017 (CDU, SPD, FW, FDP) vom 22.05.2017, der auf die Drei- und Vierstreifigkeit abhebe. Aus verfahrensrechtlichen Gründen müsse die Vierstreifigkeit untersucht werden; die Dreistreifigkeit sei nicht ausreichend untersucht und zudem betriebstechnisch sehr teuer. Es gehe um die Vergleichbarkeit der Varianten. Es könnten nicht einfach Varianten weggelassen werden, da ansonsten das Regierungspräsidium ablehnen werde. Der Kern eines Planfeststellungsverfahrens sei die grundlegende Untersuchung aller Themen.

Für BM Pätzold ist es eine logische Schlussfolgerung, dass eine kombinierte Verkehrsplanung erarbeitet werde, die alle Untersuchungen und aktuellen Ergebnisse mitaufnehme.

StR Peterhoff (90/GRÜNE) wünscht Abstimmung über die mehrfach von StRin Schiener formulierten Änderungen des aktuellen Beschlussantrages. Diese sind:

1. keine Untersuchung einer Vierspurigkeit
2. Alle Untersuchungen und Machbarkeitsstudien (Seilbahn, Standort P&R-Parkhaus, Radschnellweg usw.) sowie die Auswirkungen des Regionalbahnhaltens müssen in die Voruntersuchung einfließen.

Dazu hält BM Pätzold fest:

Ziffer 1 wird bei 6 Ja-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.  
Ziffer 2 wird einstimmig beschlossen.

Abschließend stellt er die GRDRs 698/2019 zur Abstimmung und stellt fest:

Der Ausschuss für Umwelt und Technik beschließt bei 2 Gegenstimmen mehrheitlich wie beantragt.

Zur Beurkundung

Schmidt / pö

## Verteiler:

- I. Referat SWU  
zur Weiterbehandlung  
Amt für Stadtplanung und Wohnen (5)
  
- II. nachrichtlich an:
  1. Herrn Oberbürgermeister
  2. S/OB  
Strategische Planung  
S/OB-Mobil
  3. Referat WFB  
Stadtkämmerei (2)
  4. Referat SOS  
Amt für öffentliche Ordnung
  5. Referat T  
Tiefbauamt (2)
  6. BezÄ Mö, Vai
  7. Rechnungsprüfungsamt
  8. L/OB-K
  9. Hauptaktei
  
- III.
  1. CDU-Fraktion
  2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
  3. SPD-Fraktion
  4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
  5. Fraktion Freie Wähler
  6. Gruppierung FDP
  7. Gruppierung BZS23
  8. SchUB
  9. AfD
  10. LKR